

II- 351 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 26. Juni 1974

No. 1728/J

Anfrage

der Abgeordneten VETTER, Hietl
und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Änderung der Organisation der Grenzüberwachung

In der Tageszeitung "Kurier" erschien am 4. Juni folgender Bericht:

40 km Grenze ohne Schutz

Viel Geld für ein Zollamt im Waldviertel, das nun aufgelassen werden soll

Von einem Schreibtisch im Finanzministerium in Wien aus plant man jetzt die Auflösung der Zollwachabteilung Harbach im Waldviertel. Das bringt seit kurzem die Bürgermeister und die Bevölkerung des Abschnittes entlang der österreichisch-tschechoslowakischen Grenze bei Weitra in Rage. In Resolutionen an das Parlament, Landeshauptmann Maurer und die politischen Parteien geben die Vertreter der Landbevölkerung ihrer Verwunderung Aus-

druck, daß man eine 40 Kilometer lange Grenze – an der es schon wiederholt zu Übergriffen kam – ohne Schutz lassen will.

Es begann 1968 mit der Auflösung des Grenzgendarmeriepostens in dieser Ortschaft. Als es kurze Zeit später zu einer Schießerei in Gmünd kam und im Sommer 1971 tschechische Soldaten in das Gemeindegebiet eindrangen, mußte man Gendarmeriebeamte aus ganz Niederösterreich zur Hilfe-

leistung holen.

In dieser Zeit tauchte dann die Idee auf, die Zollwache in Harbach so zu verstärken, daß damit die gebirgige Grenze zwischen Karlstift in Oberösterreich und Gmünd kontrolliert werden kann. Der Gemeinde wurde mitgeteilt, daß man das leerstehende Gendarmeriehaus als Wohnhaus für Zollbeamte ausbauen werde und man begann auch gleich mit Investitionen: Für Heizung, Wasser und andere Dinge gab man binnen kürzester Zeit über eine Million Schilling aus.

Gleichzeitig ersuchte das Bundesministerium für Finanzen die Gemeinde um die Schenkung eines Grundstückes, das an das bereits bestehende Haus angrenzt, um auch dort ein Wohngebäude für Zollwachebeamte zu errichten. Die Gemeinde griff in die ohnedies karge Kasse, legte 64.000 Schilling auf den Tisch und schenkte dem Staat das Areal. Als nun alles gelaufen

schien, kam es plötzlich anders. Aus Wien trudete heimlich, still und leise eine Kommission des Finanzministeriums auf, wandte sich nicht einmal an die Bürgermeister, besichtigte das Zollhaus und fuhr dann wieder heim. Schön langsam sickerte dann durch, daß man trotz der Rieseninvestition die Zollwachabteilung Harbach auflösen will. Sie soll nach Weitra verlegt werden: Nur gibt es in Weitra weder ein Gebäude noch ein Grundstück für solche Zwecke.

Die Bürgermeister der Gemeinden sprachen vor Pfingsten im Ministerium und in der Finanzlandesdirektion vor und bekamen überall nur ein Achselzucken.

Noch zwei Sätze aus der Resolution: „Alle Politiker sprechen von Grenzlandförderung. Eine Auflösung der Zollwache würde die Sicherheit unseres Gebietes schwerstens beeinträchtigen.“



Links im Bild das Zollamt von Harbach, das gesprengt werden soll

-2-

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e :

- 1) Ist es richtig, daß im Zuge einer Änderung der Organisation der Grenzüberwachung die Zollwacheabteilung Harbach in NÖ. aufgelassen werden soll?
- 2) Ist es richtig, daß zur Schaffung von Wohnungen für die Zollbeamten im ehemaligen Gendarmeriegebäude ungefähr 1 Mio. Schilling investiert wurde?
- 3) Wenn nein, welcher Betrag wurde tatsächlich für diese Investition ausgegeben?
- 4) Welchem Zwecke werden diese Wohnungen zugeführt, falls die Zollwacheabteilung aufgelöst werden sollte?
- 5) Ist es richtig, daß auf dem von der Gemeinde zur Verfügung gestelltem Grundstück ein Beamtenwohnhaus errichtet werden sollte?
- 6) Welche finanziellen Mittel wurden für die Planung dieses Vorhabens bereits aufgewendet?
- 7) Wieviele Großraumabteilungen werden in NÖ. gebildet?
- 8) Welcher finanzieller Aufwand ist hiefür notwendig?
- 9) Welcher Aufwand ist für die Großraumabteilung in Weitra notwendig?